

Bericht der Bundesregierung über den G20-Gipfel in Hamburg vom 7. bis 8. Juli 2017

Vom 7. bis 8. Juli 2017 trafen sich die Staats- und Regierungschefs der G20 in Hamburg zum diesjährigen G20-Gipfel, der erstmals in Deutschland stattfand. Das Motto des Gipfels lautete: „Eine vernetzte Welt gestalten“. Angesichts zahlreicher globaler Herausforderungen bekennt sich die G20 zum Multilateralismus und spricht sich für gemeinsames Handeln zu globalen Herausforderungen aus. Es herrscht Einigkeit, dass in einer globalisierten Welt nur gemeinsam etwas erreicht werden kann. Dieser Grundgedanke zieht sich durch die gesamte Gipfelerklärung.

Die G20 lehnt Protektionismus ab und bekennt sich zum regelbasierten internationalen Handelssystem sowie zur Stärkung der WTO. Sie wird verstärkt an gemeinsamen Lösungen gegen unfaire Praktiken und Überkapazitäten in der Industrie, v. a. Stahl, zusammenarbeiten, um unilaterale Maßnahmen zu verhindern. Die G20 wird sich auch für nachhaltige globale Lieferketten einsetzen. Gleichzeitig kündigt sie Maßnahmen an, damit alle die Chancen, die die Globalisierung bietet, so gut wie möglich nutzen können. Die G20 erneuert ihr Bekenntnis zur umfassenden Implementierung der Finanzmarktagenda inkl. Basel III sowie der internationalen Finanzarchitektur. Sie verabschiedet den Hamburg Aktionsplan für starkes, nachhaltiges, ausgeglichenes und inklusives Wachstum. Die G20 setzt ihre Arbeiten bei der Umsetzung des BEPS-Maßnahmenpakets gegen Gewinnkürzungen und -verlagerungen fort und würdigt die Fortschritte zur Herstellung internationaler Steuertransparenz.

Die G20 unterstützt die Stärkung von Gesundheitssystemen und die Reformen im globalen Gesundheitskrisenmanagement. Im Kampf gegen Antibiotikaresistenzen strebt die G20 auf Basis des „One-Health-Konzepts“ einen verantwortungsvollen Einsatz von Antibiotika in allen Bereichen an und gründet eine globale Forschungsinitiative. Die G20 – mit Ausnahme der USA – bekräftigt die Unumkehrbarkeit und zügige und uneingeschränkte Umsetzung des Paris-Abkommens und verabschiedet einen gemeinsamen Klima- und Energie-Aktionsplan. Die G20 stellt sich geschlossen hinter nachhaltige Entwicklung und die ehrgeizige Umsetzung der Agenda 2030. Sie verabschiedet hierfür das „Hamburg Update“ sowie die „Hamburg Principles“ zur Mobilisierung privaten Kapitals. Um die Rolle von Frauen im Wirtschaftsleben zu stärken, ruft die G20 einen Fonds zur Unterstützung von Unternehmerinnen in Entwicklungsländern ins Leben. Zur Stärkung der Zusammenarbeit mit Afrika wird eine Partnerschaft mit Afrika beschlossen, in der die G20 ihre Verantwortung für nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in Afrika betont, sich für die Bekämpfung von Armut und damit auch von Fluchtursachen in Afrika einsetzt und in einzelnen Initiativen mit reformorientierten Staaten vorangeht. Die G20 spricht sich für eine stärkere Abstimmung und Zusammenarbeit beim Thema Flucht und Migration aus und hebt dabei die im Rahmen der Vereinten Nationen bis 2018 zu erarbeitenden Global Compacts hervor. Die G20 will bei der Terrorismusbekämpfung zusammenarbeiten. Sie verabschiedet hierfür eine gemeinsame Erklärung, in der sie bekräftigt, vorhandene Verpflichtungen umzusetzen und Terrorismusfinanzierung, Radikalisierung sowie Internetnutzung für terroristische Zwecke zu bekämpfen.

Ab dem 1. Dezember 2017 wird Argentinien die Präsidentschaft der G20 übernehmen. Japan tritt die G20-Präsidentschaft 2019 an, gefolgt von Saudi-Arabien 2020.

Alle an den Chancen der Globalisierung teilhaben lassen

Weltwirtschaft

Es besteht Einigkeit darin, dass eine stabile Weltordnung nur möglich ist, wenn alle an den Chancen der Globalisierung teilhaben. Die G20 begrüßt die positiven globalen Wachstumsaussichten. Sie bekräftigt ihr Bestreben, weiterhin sowohl geld-, fiskal-, als auch strukturpolitische Maßnahmen einzusetzen, um das Ziel eines starken, nachhaltigen, ausgeglichenen und inklusiven Wachstums zu unterstützen. Die Bundesregierung hat sich hier insbesondere dafür eingesetzt, dass die Wachstumsstrategien der G20 auch unter dem Aspekt der Resilienz der Volkswirtschaften betrachtet werden.

Handel und Investitionen

Die Bundesregierung hat sich in Hamburg nachdrücklich für ein deutliches Bekenntnis der G20 für offene Märkte und freien Handel eingesetzt. Die Diskussionen hierzu wurden erwartungsgemäß sehr intensiv geführt. Vor diesem Hintergrund wertet es die Bundesregierung als deutlichen Erfolg, dass die G20 ihre Verpflichtung zur Bekämpfung von Protektionismus bekräftigt hat. Die G20 hebt hervor, dass internationaler Handel und internationale Investitionen wichtige Triebfedern für Wachstum, Produktivität, Innovation, Beschäftigung und Entwicklung sind. Zudem bekräftigt die G20, gegen unfaire Handelspraktiken vorgehen zu wollen und erkennt in diesem Zusammenhang die Rolle rechtmäßiger handelspolitischer Schutzinstrumente an. Die Bundesregierung hat sich in Hamburg insbesondere für ein starkes Bekenntnis zur Bedeutung des regelbasierten internationalen Handelssystems und zur Zusammenarbeit mit Blick auf eine erfolgreiche 11. WTO-Ministerkonferenz stark gemacht. Hervorzuheben ist dabei auch, dass die G20 die Überwachungstätigkeiten der WTO, der OECD und von UNCTAD mit Blick auf handels- und investitionspolitische Maßnahmen der G20 ausdrücklich würdigt. Die G20 hat die Bedeutung der WTO in einem regelbasierten internationalen Handelssystem zudem hervorgehoben, indem sie betont, dass bilaterale, regionale und plurilaterale Handelsabkommen die multilateralen Abkommen ergänzen sollen und dabei WTO-konform sein müssen. Die G20 möchte darin zusammenarbeiten, die Funktionsweise der WTO weiter zu verbessern. Auch das ist als Erfolg zu werten.

Da die Vorteile von internationalem Handel, internationalen Investitionen und technologischem Fortschritt in der Vergangenheit nicht breit genug geteilt worden sind, bekennt sich die G20 zu einem Austausch nationaler Maßnahmen und verstärkter internationaler Zusammenarbeit, um die Bürgerinnen und Bürger besser in die Lage zu versetzen, die Chancen und Vorteile der Globalisierung zu nutzen. Die Bundesregierung begrüßt zudem, dass es gelungen ist, einen Austausch zu den jeweiligen nationalen Anpassungsmaßnahmen an Handel und technologischen Fortschritt in der Abschlusserklärung zu verankern.

Die Bedeutung internationaler Investitionen wird in der Abschlusserklärung betont. Die G20 ist bestrebt, Strategien zur Erleichterung und langfristigen Bindung ausländischer Direktinvestitionen zu ermitteln.

Überkapazitäten

Angesichts der anhaltend negativen Auswirkungen von Überkapazitäten in Industriesektoren auf die Inlandsproduktion, den Handel und die Arbeitnehmer hat sich die Bundesregierung für eine Verstärkung der Zusammenarbeit der G20 bei der Suche nach gemeinsamen Lösungen für die Bewältigung dieser globalen Herausforderung eingesetzt. Es ist gelungen, ein Bekenntnis für den gemeinsamen Einsatz der G20 gegen Überkapazitäten in der Industrie, insbesondere im Bereich Stahl zu erreichen, um unilaterale Maßnahmen zu verhindern und zügig konkrete Lösungen zum Abbau von Überkapazitäten zu erarbeiten. Alle Länder haben sich verpflichtet, fehlende Informationen und Daten zu Stahlkapazitäten bis August vorzulegen. Das Globale Forum für Stahlüberkapazitäten soll darauf aufbauend Empfehlungen für konkrete politische Lösungen bis November 2017 vorbereiten.

Nachhaltige globale Lieferketten

Die Bundesregierung hat sich für menschenwürdige Arbeitsbedingungen in globalen Lieferketten und ein Bekenntnis der Förderung der Umsetzung von Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards sowie für die Durchsetzung von Menschenrechten in globalen Lieferketten eingesetzt. Es soll auf politische Rahmenwerke wie nationale Aktionspläne für Wirtschaft und Menschenrechte hingearbeitet werden. Die G20 begrüßt den Vision Zero Fonds und ermutigt Unternehmen und andere, sich zu

beteiligen. Die G20 unterstützt den Zugang zu Beschwerdemechanismen. Darüber hinaus will die G20 Finanzierungsinstrumente und Kapazitätsaufbau zur Integration von kleinen und mittleren Unternehmen in globale Lieferketten fördern. Es sollen wirksame Maßnahmen ergriffen werden, um Kinderarbeit sowie Zwangsarbeit, Menschenhandel und jegliche Form der Sklaverei zu beseitigen.

Digitalisierung

Die G20 betrachtet den digitalen Wandel als eine treibende Kraft für Wachstum, der eine breite Teilhabe ermöglichen und zu einer Reduktion bestehender Ungleichheiten sowie zur Erreichung der Ziele der Agenda 2030 beitragen kann. Nur durch multilaterale Zusammenarbeit können die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden. Insbesondere hat sich die G20 auf das Ziel verständigt, möglichst alle Menschen bis 2025 digital anzubinden sowie sie mit entsprechenden Bildungsangeboten auf die digitale Welt vorzubereiten. Digitale Transformationen brauchen Regeln. Daher regt die G20 an, Standards in der digitalen Produktion sowie bei digitalen Produkten und Dienstleistungen zu entwickeln. Die Bundesregierung hat sich zudem dafür eingesetzt, das Thema Verbraucherschutz gerade im Bereich der digitalen Wirtschaft erstmals als wichtigen Aspekt aufzugreifen. Auf Initiative der Bundesregierung hat die G20 eine Roadmap erarbeitet und verabschiedet, die die künftige Arbeit der G20 im Bereich Digitalisierung leiten soll.

Beschäftigung

Zahlreiche Einflüsse wie die Digitalisierung beeinflussen die Zukunft der Arbeit. Die G20 hat Schwerpunkte identifiziert (notwendige Kompetenzen, veränderte Arbeitsbedingungen, soziale Arbeitsbedingungen) und will die Auswirkungen weiter beobachten und analysieren. Der Austausch von Erfahrungen soll fortgesetzt werden.

Stabilität sicherstellen

Finanzsystem und Finanzarchitektur

Die G20 verfolgt das Ziel, die globalen Finanzmärkte zu stabilisieren. Die G20 verpflichtet sich erneut zur Finalisierung und der raschen, vollständigen und konsequenten Umsetzung der vereinbarten G20-Reformagenda für den Finanzsektor; dies schließt den Abschluss von Basel III ein. Die G20 und der FSB

haben bei der Umwandlung der Schattenbankfinanzierung in widerstandsfähige marktbasierende Finanzierung große Fortschritte erzielt. Dies war und ist der Bundesregierung ein besonderes Anliegen. Mit Blick auf die Stärkung der internationalen Finanzarchitektur hat die G20 unter deutschem Vorsitz zahlreiche Maßnahmen beschlossen, die im Einzelnen im Hamburger Aktionsplan festgehalten sind.

Zusammenarbeit in Steuerfragen

Aus Sicht der Bundesregierung stellt die internationale Zusammenarbeit in Steuerfragen ein wichtiges Beispiel für den Mehrwert der G20 und der multilateralen Zusammenarbeit dar. Vor diesem Hintergrund begrüßt die Bundesregierung, dass die G20 sich erneut zur Umsetzung des Maßnahmenpakets der G20/OECD gegen Gewinnkürzungen und Gewinnverlagerungen international agierender Konzerne (Base Erosion and Profit Shifting, BEPS) bekennt. Die Erhöhung steuerlicher Transparenz ist ein wichtiger Beitrag, um grenzüberschreitende Steuerhinterziehung effektiv zu bekämpfen. Daher hat die G20 steuerliche Transparenzkriterien festgelegt. Mittlerweile haben sich 142 Staaten und Jurisdiktionen zur Verbesserung der steuerlichen Transparenz verpflichtet. Die OECD hat für den G20-Gipfel in Hamburg einen Bericht vorgelegt, wie die Transparenzkriterien weltweit eingehalten werden. Das Ergebnis ist sehr erfreulich: Viele Jurisdiktionen haben in den letzten Monaten erhebliche Fortschritte gemacht. Die G20 würdigt daher die jüngsten Fortschritte, die Staaten dabei erzielt haben, ein zufriedenstellendes Niveau der Umsetzung der international vereinbarten Standards zu erreichen. Dies entspricht dem Ziel der Bundesregierung, durch internationalen Druck Verhaltensänderungen auszulösen. Ebenfalls zu begrüßen ist, dass der Druck aufrechterhalten wird: Die G20 beauftragt die OECD, bis zum G20-Gipfel 2018 auf der Grundlage aktualisierter Kriterien eine aktualisierte Liste nicht-kooperativer Jurisdiktionen vorzulegen, gegen die Sanktionsmaßnahmen erwogen würden.

Gesundheit

Gesundheitskrisen sind häufig ein globales Problem. Die G20 bekennt sich zu einer verbesserten Zusammenarbeit in der Vorbeugung von und besseren Antwort auf Gesundheitskrisen sowie zur Erreichung einer allgemeinen Gesundheitsversorgung, unter anderem durch die Stärkung von Gesundheitssystemen weltweit. Die G20 sendet zudem ein starkes Signal der Unterstützung an die

Weltgesundheitsorganisation und an die Vereinten Nationen und fordert sie auf, den begonnenen Reformprozess unvermindert fortzusetzen. Im Kampf gegen antimikrobielle Resistenzen will die G20 mit einer Umsetzung Nationaler Aktionspläne bis Ende 2018 vorangehen und setzt zudem auf eine Verschreibungspflicht für Antibiotika. Der Einsatz von Antibiotika in der Tiermedizin soll allein auf therapeutische Zwecke begrenzt werden. Die G20 gründet zudem eine globale Forschungsinitiative, die neue Forschungsgelder einwirbt und diese koordiniert einsetzt.

Nachhaltige Lebensgrundlagen verbessern

Energie und Klima

Die G20 bekennt sich zur Minderung des Treibhausgasausstoßes, unter anderem durch mehr Innovationen im Bereich nachhaltige und saubere Energien und Energieeffizienz. Sie arbeitet auf nachhaltige Energiesysteme mit geringem CO₂-Ausstoß hin und hebt die Bedeutung von Langfriststrategien für den Umbau der Energiewirtschaft im Einklang mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und den Willen hier zusammenzuarbeiten hervor. Zudem betont sie die Grundsätze zur Energiezusammenarbeit für den Umbau unserer Energiesysteme und den Willen auf offene, flexible und transparente Märkte für Energieprodukte und -technologien hinzuarbeiten. Die G20 erkennt die Bedeutung von Investitionen in nachhaltige Energiequellen und Infrastruktur für Innovation, nachhaltiges Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Schaffung von Arbeitsplätzen an. Die G20-Staaten unterstützen eine Finanzierung durch Multilaterale Entwicklungsbanken zur Förderung eines universellen Zugangs zu erschwinglichen, zuverlässigen, nachhaltigen und sauberen Energiequellen. Einigkeit bestand in der Überzeugung, dass sich eine starke Wirtschaft und eine gesunde Umwelt gegenseitig verstärken. Bei der Bewertung des Paris-Abkommens besteht keine gemeinsame Position der G20. Alle G20-Staaten mit Ausnahme der USA bekräftigten die Unumkehrbarkeit und Notwendigkeit einer zügigen und uneingeschränkten Umsetzung des Paris-Abkommens. Sie verabschieden einen gemeinsamen Klima- und Energie-Aktionsplan. Die G20 nimmt die Entscheidung der USA zur Kenntnis, sich aus dem Paris-Abkommen zurückzuziehen.

Nachhaltige Entwicklung

Die Agenda 2030 ist das zentrale Rahmenwerk für nachhaltige Entwicklung unter dem Dach der Vereinten Nationen. Die G20 unterstreicht ihre besondere Verantwortung für die Umsetzung der Agenda 2030 und bekennt sich dazu, ihr Handeln weiter auf die Erreichung der Ziele der Agenda 2030 auszurichten. Die G20 verabschiedet das „Hamburg-Update“, in dem die kollektiven Verpflichtungen der G20 zur Umsetzung der Agenda 2030 zusammengefasst werden, und unterstützt die zentrale Rolle des UN High-level Political Forum. Weiterhin ruft sie einen freiwilligen Peer-Learning-Prozess bei der Umsetzung der Agenda 2030 ins Leben und verabschiedet einen Fortschrittsbericht, der Rechenschaft über die Umsetzung bisheriger Entwicklungszusagen der G20 leistet.

Stärkung von Frauen

Die G20 setzt sich dafür ein, weiter auf das 2014 vereinbarte Brisbane-Ziel hinzuwirken, die Lücke in der Erwerbsbeteiligung bis zum Jahr 2025 um 25 Prozent zu reduzieren. Sie will die Qualität der Frauenerwerbstätigkeit verbessern. Die G20 ruft die Initiative „#eSkills4Girls“ ins Leben, die Frauen und Mädchen in Entwicklungsländern Chancen in der digitalen Wirtschaft eröffnet und mit der der Weg für ihre gleichberechtigte Teilhabe geebnet werden sollen.

Um weibliches Unternehmertum stärker zu unterstützen, wird eine bei der Weltbankgruppe angesiedelte Initiative zur finanziellen Unterstützung von Unternehmerinnen gegründet. Viele G20-Staaten, darunter die USA, Korea, Australien, China, Kanada und Deutschland, haben sich bereit erklärt, zur Initiative finanziell beizutragen. Weiterhin wird eine „Business Women Leaders' Taskforce“ eingerichtet, die auf dem Gipfel im nächsten Jahr Empfehlungen über die Umsetzung der G20-Verpflichtungen bzgl. der Stärkung der wirtschaftlichen Teilhabe von Frauen vorlegen wird.

Ernährungssicherheit, nachhaltige Wasserbewirtschaftung und Jugendbeschäftigung im ländlichen Raum

Die Bundesregierung hat sich für ein Bekenntnis der G20 zur nachhaltigen Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität und Widerstandskraft eingesetzt. Ziel ist es, dass Wasser und verwandte Ökosysteme wirksam geschützt, bewirtschaftet und genutzt werden. Die Notwendigkeit einer verstärkten

Zusammenarbeit bei der IKT in der Landwirtschaft und die Bedeutung des Zugangs von Landwirten zu schnellen digitalen Dienstleistungen und einer angemessenen Versorgung ländlicher Gebiete wurden unterstrichen. Zur Erhöhung der Transparenz globaler Lebensmittelmärkte hat die Bundesregierung den Aufruf der G20 zu einer Stärkung des Agrarmarktinformationssystems (AMIS) und einem aktivem Engagement all seiner Mitglieder durchgesetzt. Darüber hinaus ist es gelungen, die G20-Initiative für Jugendbeschäftigung im ländlichen Raum in Entwicklungsländern mit Schwerpunkt auf Afrika zu begründen, die dazu beitragen wird, dass 1,1 Millionen neue Arbeitsplätze bis 2022 entstehen und innerhalb der nächsten fünf Jahre innovative Ausbildungsprogramme für mindestens fünf Millionen junge Menschen aufgelegt werden. Angesichts der Hungersnot in manchen Regionen von Afrika, hat sich die G20 dazu bekannt, mit der gebotenen Dringlichkeit zu handeln und die VN-Organisationen und andere humanitäre sowie Entwicklungsorganisationen bei einer koordinierten und umfassenden Reaktion zu unterstützen.

Ressourceneffizienz und Meeresmüll

Die G20 hat zwei Initiativen gestartet, die zur Umsetzung der Agenda 2030 beitragen werden. Der G20-Dialog zu Ressourceneffizienz hat das Ziel, die Effizienz und Nachhaltigkeit des Einsatzes natürlicher Ressourcen über den gesamten Lebenszyklus hinweg zu verbessern. Der G20-Aktionsplan zu Meeresmüll zielt auf eine Reduzierung bzw. Verhinderung des Eintrags von Abfällen in die Meere ab. Er bekräftigt damit den Willen der G20 zum Schutz der Meeresumwelt.

Verantwortung übernehmen

Afrika-Partnerschaft

Zur Unterstützung einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung in Afrika hat die G20 eine Partnerschaft mit Afrika ins Leben gerufen. Diese fasst Initiativen der G20 zu wirtschaftlicher Entwicklung zusammen, z.B. zur Unterstützung ländlicher Jugendbeschäftigung und zum IKT-Zugang für Mädchen und Frauen. Zudem unterstützt die G20 den Ausbau einer nachhaltigen Infrastruktur und die Förderung von Rahmenbedingungen für private Investitionen (Compacts). Hier hat sich die Bundesregierung dafür eingesetzt, mit reformorientierten afrikanischen Staaten zur lokalen Wirtschaftsentwicklung und Förderung von Beschäftigungsmöglichkeiten voran zu gehen. Dazu hat die Bundesregierung eine G20-Afrika-Konferenz am 12./13. Juni 2017 in Berlin ausgerichtet, um die Dialog mit afrikanischen

Regierungsvertretern und der Zivilgesellschaft zu den Inhalten der Partnerschaft zu vertiefen. Die Partnerschaft mit Afrika fügt sich in die strategischen Ziele der Agenda 2063 der Afrikanischen Union ein und setzt damit direkt bei den Prioritäten der afrikanischen Partner an. Erfolgreiche Ansätze können sowohl durch die G20-Partner als auch multilaterale Akteure, wie die Weltbank, den IWF und die AfDB, weiter verbreitet werden.

Migration

Die G20 will beim Thema Flucht und Migration zusammenarbeiten. Sie ruft dazu auf, die internationale Steuerung von Migration zu verbessern und zu diesem Zweck Instrumente und institutionelle Strukturen zu entwickeln. In diesem Zusammenhang hebt die G20 die im Rahmen der Vereinten Nationen bis 2018 zu erarbeitenden Global Compacts hervor (Global Compact zu Flüchtlingen, Global Compact zu sicherer, geordneter und regulärer Migration). Für die Unterstützung des multilateralen Ansatzes hat sich die deutsche G20-Präsidentschaft mit Nachdruck eingesetzt. Sie beauftragte die OECD gemeinsam mit ILO, IOM und UNHCR zu einem jährlichen Monitoringbericht zu Flucht, Migration und deren ökonomischen Effekten.

Die G20 bekennt sich weiterhin dazu, die Ursachen von Vertreibung anzugehen sowie gegen Schleuserstrukturen vorzugehen. Sie stellte die Bedeutung der Integration heraus. Sie hat hierfür gute Praktiken zur Unterstützung der Arbeitsmarktintegration von anerkannten Flüchtlingen und regulären Migranten verabschiedet.

Anti-Korruption

Die G20 verabschiedet weitere Hochrangige Grundsätze zur Korruptionsbekämpfung im öffentlichen und privaten Sektor und mit besonderem Fokus auf den Bereich des illegalen Handels mit wildlebenden Tieren und Pflanzen. Sie ruft die internationalen Sportorganisationen nachdrücklich zu verstärkten Anstrengungen im Kampf gegen Korruption auf. Die G20 verständigt sich darauf, den Aktionsplan der G20 zur Korruptionsbekämpfung 2017/2018 uneingeschränkt umzusetzen und ein gemeinsames Verständnis über die Möglichkeiten der Korruptionsbekämpfung im Zusammenhang mit Bieterverfahren zu großen Sportveranstaltungen und im Rohstoffsektor zu entwickeln.

Terrorismusbekämpfung

Die G20 bekennt sich zur Terrorismusbekämpfung und hat hierfür eine gesonderte Erklärung der Staats- und Regierungschefs verabschiedet. Die Bundesregierung hat sich dabei insbesondere dafür eingesetzt, die Umsetzung internationaler Verpflichtungen hinsichtlich Terrorismusbekämpfung zu intensivieren, z. B. im Rahmen der VN, und die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch der G20 auszubauen, insbesondere im Hinblick auf zurückkehrende ausländische Terroristen, Grenzschutz, Luftverkehrssicherheit und Hilfestellung für Opfer terroristischer Anschläge. Ferner will die G20 Terrorismusfinanzierung bekämpfen und dazu unter anderem die Standards der VN und des internationalen Standardsetzers Financial Action Task Force (FATF) umsetzen sowie diese Institutionen stärken. Größeres Augenmerk soll auch auf die wenig kostenintensiven Angriffe, die mit kleinen Geldmitteln finanziert werden, gelegt werden. Ferner will die G20 gemeinsam die Internetnutzung für terroristische Zwecke und Radikalisierung bekämpfen und sich dazu über bewährte Verfahren austauschen. Es ist der Bundesregierung auch gelungen, ein Bekenntnis der G20 zur engeren Zusammenarbeit mit dem privaten Sektor zu erreichen; mit dem Ziel, angemessene Maßnahmen zur Bekämpfung von terroristischer Propaganda im Netz zu erarbeiten. Die Bundesregierung hat in diesem Zusammenhang besonderen Wert auf das Bekenntnis der G20 gelegt, dass die Grundsätze des Rechtsstaats online ebenso gelten, wie dies offline der Fall ist.